

Stellungnahme der ProDG-Fraktion/Freddy Cremer
Plenarsitzung vom 03.02.2014

Jahresbericht der Regierung über Initiativen und Projekte im Bereich der Außenbeziehungen

Sehr geehrter Herr Präsident,
werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament,

Die heutige Diskussion über die Außenbeziehungen weist durchaus Parallelen auf zur Diskussion, die wir in der vergangenen Plenarsitzung vom 20. Januar zum Thema der Mehrsprachigkeit führten. Diese Parallelen sind nicht auf inhaltlicher, wohl aber auf formaler Ebene zu suchen.

1. Genauso wie die Bedeutung und der Mehrwert der Mehrsprachigkeit für die kulturelle und die berufliche Entfaltung für jeden einzelnen Menschen von keiner Fraktion in Frage gestellt werden, so werden grundsätzlich der Wert, die Bedeutung und der Mehrwert der Außenbeziehungen für die Deutschsprachige Gemeinschaft von allen Fraktionen anerkannt. Die Aussagen der verschiedenen Fraktionen in der Plenarsitzung vom 19. November 2012, als der Vorschlag einer Grundsatzklärung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Hinblick auf die Gestaltung und Behandlung der Außenbeziehungen (Dokument 135 (2012-2013) Nr. 2) behandelt wurde, belegen dies.

2. Genauso wie die Meinungen über die Modalitäten der Fremdsprachenvermittlung auseinanderdriften; genauso gibt es ein breites Meinungsspektrum, wenn es um die Frage der Gestaltung und um den Umfang der Außenbeziehungen geht. Was für die einen ein gesundes Maß an Außenbeziehungen ist, bewerten andere als übertrieben und fehlende Bescheidenheit.

3. Eine dritte Parallele liegt darin, dass die politische Debatte über beide Themen ideologisch geprägt war und polarisierend wirkte.

In der Vergangenheit wurde der Blick bei der Bewertung der Außenbeziehungen wiederholt auf einzelne Aspekte gerichtet und die meist öffentlich geführte Diskussion glich eher einem politischen Schlagabtausch als der überparteilichen Suche nach einer bestmöglichen Ausrichtung dieser Außenbeziehungen. In der Bewertung der Außenbeziehungen tat sich zwischen den Fraktionen der Mehrheit und der Opposition oft ein tiefer Graben auf, der einen Konsens in weite Ferne rücken ließ.

4. Die politische Diskussion über den Fremdsprachenerwerb wurde erst versachlicht, nachdem die Fremdsprachenkenntnisse der Schüler und Schülerinnen von international anerkannten Instituten empirisch untersucht wurden und diese daraus resultierenden Erkenntnisse als Basis für die Ausarbeitung eines kohärenten und umfassenden Konzeptes genutzt wurden.

An die Stelle einer subjektiven Wahrnehmung traten objektive Untersuchungsergebnisse. Erst diese ermöglichten eine evidenzbasierte Politik im Bereich der Fremdsprachenvermittlung.

Ähnlich verhält es sich im Bereich der Außenbeziehungen. Der im November 2013 von der Regierung hinterlegte Jahresbericht über Initiativen und Projekte im Bereich der Außenbeziehungen bietet einen umfassenden Einblick in die strategische Ausrichtung der von der Regierung initiierten Maßnahmen im Berichtszeitraum von Juli 2012 bis Juni 2013. Erst dieser Gesamtüberblick aller Maßnahmen, Reisen und Initiativen im Bereich der Außenbeziehungen und eine detaillierte Auflistung der damit verbundenen Kosten bieten die Grundlage für eine objektivere Einschätzung dieses für die Deutschsprachige Gemeinschaft so wichtigen Bereichs.

Nach diesen eher formalen Aussagen komme ich zu einer zweiten Feststellung. Ich hoffe sehr, dass die Diskussionen über die Außenbeziehungen in Zukunft nicht mehr ausschließlich auf ein Frühlingsfest oder auf einen anderen von der Regierung organisierten Empfang fokussiert werden. Wo dies dennoch geschieht soll den Bürgern zumindest der Eindruck vermittelt werden, als hätten Außenbeziehungen lediglich etwas mit UNKosten gemein und dass diese Außenbeziehungen keinen echten Mehrwert für die Bevölkerung erbringen. Zudem soll der Eindruck entstehen, die Regierung habe jegliches Gefühl für das rechte Maß verloren. Wer aus populistischen Gründen seine Kritik auf ein einziges Detail dieser Außenbeziehungen fokussiert, um dadurch die gesamten Außenbeziehungen in ein schlechtes Licht zu rücken und der Regierung fehlendes Maßhalten vorzuwerfen, läuft Gefahr, das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Denn diese bewusst selektive Darstellung führt zu einer verzerrten Wahrnehmung. Außenbeziehungen sind zwar mit KOSTEN verbunden, aber nach meinem Ermessen handelt es sich dabei keineswegs um UNKkosten, sondern im wahrsten Sinne des Wortes um Investitionen, die für den Ausbau der Autonomie und für die tagtägliche Gestaltung der Politik im Dienste der Menschen unserer Gemeinschaft unerlässlich sind.

Ich hatte bereits in der Debatte vom 19. November 2012 gesagt, dass ich einer Kosten-Nutzen-Analyse der Außenbeziehungen nicht nur mit voller Überzeugung zustimme, sondern sogar als absolut erforderlich erachte, um einer weitläufigen Fehleinschätzung entgegen zu wirken. An vielen Beispielen aus dem Bereich der Bildungspolitik habe ich damals exemplarisch aufgezeigt, dass eine auf Kooperation aufbauende Vorgehensweise die effizienteste und die kostengünstigste ist.

Nur Dank vielseitiger Kooperationen mit Instituten aus Flandern, der Wallonie, aus Deutschland, der Schweiz, Österreich und Südtirol waren umfangreiche Reformen und Maßnahmen im Bereich der Förderpädagogik, im Aufbau von Schulmediotheken und von Middle-Management-Strukturen in unseren Sekundarschulen, in der Ausarbeitung und Umsetzung der Rahmenpläne, in der Ausbildung von Schulleitern, bei der Einführung der Externen Evaluation, der Durchführung von Leistungserhebungen und beim Ausbau des Hochschulangebotes an der AHS möglich.

Der vorliegende erste Jahresbericht über die Außenbeziehungen führt meines Erachtens auch dem größten Skeptiker den Mehrwert, der aus diesen Außenbeziehungen für die Menschen in unserer Gemeinschaft erwächst, klar vor Augen.

Dabei ist es wichtig, dass diese Kosten-Nutzen-Analyse nicht mit der Geisteshaltung eines Buchhalters durchgeführt wird. Die Resultate von Außenbeziehungen lassen sich nicht in das buchhalterische Schema eines Kontos mit doppelter Buchführung mit Soll und Haben zwingen. Wer bei jeder Reise eines Ministers, seiner Kabinetts-Mitarbeiter oder eines Mitarbeiters aus dem Ministerium einen unmittelbaren und sofort erkennbaren finanziellen Mehrwert erkennen will, hat eine falsche Vorstellung von Außenbeziehungen.

Zudem wäre es m.E. falsch, bei der Kosten-Nutzen-Analyse ausschließlich finanzielle Kriterien gelten zu lassen. Es zu bedenken, dass der Mehrwert von Außenbeziehungen nicht wie bei einer Geldeinzahlung unmittelbar auf dem Kontostand ablesbar ist. Wer so argumentiert, verzerrt bewusst die Bedeutung von Außenbeziehungen.

Gerade für eine Grenzregion wie der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind die vielfältigen Kooperationsmöglichkeiten mit Partnern im In- und Ausland eine große Chancen für die Gestaltung der Politik in fast allen Bereichen.

Die intensiven Verflechtungen in fast allen Lebensbereichen mit unseren Nachbarregionen sind so vielschichtig, dass es an politische Verantwortungslosigkeit grenzen würde, wenn diese Außenbeziehungen – besonders zu den direkten Nachbarn im In- und Ausland - nicht systematisch gestaltet und ausgebaut würden.

Dies ist umso erforderlicher, wenn man die weiteren Kompetenzübertragungen im Zuge der 6. Staatsreform ins Auge fasst.

Wenn in der Resolution zum Ausbau der Autonomie von Juni 2011 gesagt wird, dass man sich in der Lage sieht, neue Befugnisbereiche zu übernehmen, dann gründet diese Aussage maßgeblich auf der Einsicht, dass die grenzüberschreitende Kooperation eine bewährte Methode hinsichtlich der Ausübung und der Gestaltung dieser neuen Befugnisbereiche ist.

In einem Prozess der dynamischen Autonomie, der seit der ersten großen Staatsreform im Jahre 1970 bis heute immer weitere Übertragungen von Zuständigkeiten von der föderalen Ebene an die Gliedstaaten vorsieht, ist die enge Kooperation sowohl mit den anderen belgischen Körperschaften als auch mit internationalen Partnern eine absolut erforderliche Bedingung oder Voraussetzung, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern.

Wenn Außenbeziehungen mit dieser Zielsetzung aufgebaut und gepflegt werden, dann sind Außenbeziehungen kein Selbstzweck. Im Gegenteil, sie sind ein politisches Instrument, von dem eine große Hebelwirkung zur Gestaltung der Autonomie und für die Optimierung der Dienstleistungen ausgehen kann.

Die Positionierung der DG in Belgien und im europäischen Ausland, die Vervollständigung des Dienstleistungsangebotes, die Qualitätssicherung und Qualitätssteigerung der Dienstleistungen und die Erweiterung der eigenen Gestaltungsmöglichkeiten sind die vier Leitlinien der festgelegten Strategie im Bereich der Außenbeziehungen.

Es geht mitnichten darum, in großem Stil eine aufwendige AußenPOLITIK zu führen oder gar eine entscheidende Rolle auf dem internationalen Parkett zu übernehmen. Es geht um AußenBEZIEHUNGEN. Die Nuance ist bedeutsam. Die Deutschsprachige Gemeinschaft möchte gezielt mit Partnern im In- und Ausland – und besonders mit Partnern in den Grenzregionen – Kontakte knüpfen, um die vier gerade genannten Ziele zu erreichen.

Dazu bedarf es einer langfristigen Strategie, die – im Idealfall - von allen Fraktionen getragen wird und die auch über Legislaturperioden hinaus Bestand haben sollte.

Über das Ausmaß der Außenbeziehungen mag es verschiedene Ansichten geben, aber der vorliegende Jahresbericht ist in den Augen der ProDG-Fraktion ein Beleg dafür, dass der Bogen keineswegs überspannt (Franziska Franzen) wurde. Es wäre zudem fatal, wenn die DG sich aufgrund einer selbstaufgelegten Bescheidenheit auf ein striktes Minimalprogramm beschränken würde.

Gerade für eine flächenmäßig und bevölkerungsmäßig kleine Region ist der Blick über den eigenen Tellerrand eine wichtige Voraussetzung, um keine selbstverliebte Nabelschau zu betreiben.

ProDG erachtet es als selbstverständlich, dass das Parlament in diese Form der Außenbeziehungen einbezogen wird. Die Grundsatzerklärung von November 2012 und die heutige Debatte sind klare Indizien für eine stärkere Einbindung des Parlaments. Dabei sollte das Parlament in Zukunft nicht nur den Part der Kontrollinstanz ausüben, sondern in Absprache mit der Regierung verstärkt eigene Akzente setzen und einen aktiveren Part übernehmen.

Außenbeziehungen sind keine Einbahnstraße. Die DG ist nicht nur Nehmer, sondern auch Geber. Neben der bedeutenden Relaisfunktion, die die DG inne hat, kann sie auch in bestimmten Bereichen MODELLREGION für andere Regionen sein. Das bereits jetzt schon existierende weite Interesse für das in unserer Gemeinschaft praktizierte Modell der dualen Ausbildung, für die 2005 gegründete AHS auf der Grundlage einer eigens geschaffenen philosophischen Grundlage und für den neuen integrierten Dienst für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen sind nur einige Belege dafür, dass die DG ihren Nachbarregionen im In- und Ausland durchaus etwas zu bieten hat.

Und wie in jeder Beziehung so gilt auch für die Außenbeziehungen die Maxime, dass diese nur gelingen können, wenn alle Partner auf Augenhöhe miteinander austauschen.

Ich danke Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen, für Ihre Aufmerksamkeit.

Freddy CREMER

ProDG-Fraktion

3. Februar 2014